

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: infomail@uni-bremen.de <infomail@uni-bremen.de>

Gesendet: Montag, 15. Januar 2024 10:59

Betreff: ① Bewirtschaftungsmaßnahmen in der haushaltslosen Zeit

## Bewirtschaftungsmaßnahmen in der haushaltslosen Zeit

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2024/2025 wird nach derzeitigem Stand voraussichtlich erst Mitte des Jahres 2024 von der Bremischen Bürgerschaft verabschiedet. Aus diesem Grund hat der Senat der Freien Hansestadt Bremen in seiner Sitzung vom 08.12.2023 die Verwaltungsvorschriften zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde) 2024 auf der Grundlage der Ermächtigung nach Art. 132a der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen (LV) beschlossen. Nach § 106 Bremischen Hochschulgesetz gelten diese Regelungen für die Hochschulen ebenfalls unmittelbar bzw. sinngemäß.

In analoger Anwendung des Art. 132a Landesverfassung dürfen im laufenden Haushaltsjahr Ausgaben geleistet oder Verpflichtungen eingegangen werden, die erforderlich sind

- um bestehende Einrichtungen zu erhalten und gesetzliche und vertragliche Maßnahmen durchzuführen.  
Die Bestimmung umfasst alle Einrichtungen, wobei Personal, Betriebsmittel und Geräte nur in den Umfang bereitgestellt werden dürfen, wie dies zwingend zur Erhaltung der Einrichtungen bzw. zur Erledigung der Aufgaben erforderlich ist.
- um rechtlich begründete Verpflichtungen der Freien Hansestadt Bremen zu erfüllen.  
Es muss sich um Verbindlichkeiten handeln, die vor Beginn des Haushaltsjahres 2024 eingegangen wurden oder kraft Gesetzes entstanden sind.
- um Bauten, Beschaffungen und sonstige Leistungen fortzusetzen oder Beihilfen für diese Zwecke weiter zu gewähren, sofern durch den Haushaltsplan eines Vorjahres bereits Beträge bewilligt worden sind. Ausgaben dürfen nur geleistet werden, sofern es sich um die Fortsetzung von Maßnahmen handelt.

Ausgaben, die zur Weiterführung wichtiger und dringlicher staatlicher Aufgaben unerlässlich sind, sind zulässig. Ausgaben, die nicht eindeutig den o.g. Kriterien entsprechen, sind grundsätzlich bis zur Beschlussfassung über den Haushalt zurückzustellen.

Nicht zulässig im Rahmen der vorläufigen Haushaltsausführung sind z. B.:

- Ausgaben für erstmalig im Jahr 2024 anfallende Ausgaben, die nicht der Abdeckung erteilter Verpflichtungsermächtigungen dienen.
- Maßnahmen/Programme, die nicht zur Bestandserhaltung notwendig sind, sondern der Erweiterung dienen.
- Neueinstellungen, Personalübernahmen von anderen Dienstherrn und Arbeitgebern, Aufstockungen von Teilzeit, Wiederaufnahme des Dienstes nach vorzeitiger Beendigung der Beurlaubung sowie die Einrichtung neuer Stellen, wenn diese Maßnahmen nicht zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes bzw. zur Erledigung der Aufgaben zwingend notwendig oder drittmittelfinanziert sind.

Daneben gelten die nachfolgenden Detailregelungen:

1. Drittmittel

Ausgaben für personelle, konsumtive und investive Maßnahmen, denen ausschließlich zweckgebundene Einnahmen Dritter zugrunde liegen, dürfen nur bis zur Höhe der jeweils eingegangenen Einnahmen oder verbindlich zugesagten Einnahmen für 2024 geleistet werden.

Bremische Komplementärmittel fallen grundsätzlich unter die Ausgabenbeschränkung der Art. 132a LV. Hiervon ausgenommen sind zur Vermeidung wirtschaftlicher Nachteile Maßnahmen, bei denen

- sich der Bremische Komplementäranteil ausschließlich auf die Nutzung (bereits) bestehender personeller Ressourcen bzw. Ausstattungen bezieht.
- der Drittmittelanteil mindestens 80% beträgt und die Drittmittel tatsächlich im Haushaltsjahr 2024 zufließen werden.

2. Zuwendungen (Projektförderungen / institutionelle Förderungen)

In der Zeit der vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung dürfen neue Förderungen nicht geleistet werden. Jährlich wiederkehrende Projektförderungen oder bereits im Vorjahr bewilligte institutionelle Förderungen dürfen im Sinne der Weitergewährung von Mitteln fortgeführt werden. Die Höhe muss sich dabei innerhalb der im Vorjahr bewilligten Grenze bewegen. Es dürfen nur Mittel in der Höhe zur Verfügung gestellt werden, die zur Erhaltung der Einrichtung bzw. zur Durchführung der Fördermaßnahme unabdingbar sind.

In den Bescheiden/Verträgen ist regelmäßig unter Hinweis auf die vorläufige Haushalts- und Wirtschaftsführung der Vorbehalt aufzunehmen, dass der Bescheid/Vertrag widerrufen werden kann, wenn Haushaltsmittel nach dem festgestellten Haushaltsplan nicht vollständig verfügbar sind (Widerrufsvorbehalt nach § 49 Abs. 2 Bremisches Verwaltungsverfahrensgesetz)

3. Bauunterhaltungsmaßnahmen

Maßnahmen zur laufenden Unterhaltung der verwaltungseigenen sowie der gemieteten Anlagen fallen nicht unter die Beschränkung des Art. 132a LV. Laufende Unterhaltung umfasst Reparaturen, Brandschutzmaßnahmen, Wartung und Ersatz-/Erhaltungsbaumaßnahmen, die einen gebrauchsfähigen Zustand gewährleisten sollen. Darunter fallen auch energetische Sanierungsmaßnahmen, die eine hohe Wirtschaftlichkeit aufweisen. Es ist zwingend notwendig, dass in diesen Fällen die entsprechende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nebst WU-Übersicht zu den Akten zu nehmen ist.

4. Personal

Grundsätzlich gilt, dass Neueinstellungen von Personal in der haushaltlosen Zeit in allen Bereichen der Freien Hansestadt Bremen nicht zulässig sind.

Vom Einstellungsstopp ausgenommen sind Einstellungen für:

- a) Auszubildende oder Anwärter\*innen im Rahmen der vom Senat beschlossenen Ausbildungsplanung für übernahmerelevante Ausbildungsberufe eingestellt werden. Im Übrigen ist die Einstellung von Auszubildenden, Praktikanten\*innen, Referendaren\*innen und Nachwuchskräften der in den Haushalten 2024/2025 vorgesehenen Kontingente zulässig.
- b) Besetzungs- bzw. Berufungsverfahren, für die eine Ausschreibung bereits veranlasst ist.
- c) Stellen, die ausschließlich aus zweckgebundenen Drittmitteln finanziert werden.

- d) Stellen, die zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes zwingend notwendig sind. Dabei darf das Beschäftigungsvolumen (Ist) gegenüber der Sollbeschäftigung gemäß des letzten beschlossenen Wirtschaftsplans durch die Einstellungen nicht überschritten werden. Entsprechendes gilt für anteilig drittmittelfinanzierte Stellen. Ausgenommen vom Einstellungsstopp sind Interessenbekundungsverfahren im Rahmen des ressortinternen Personalausgleichs, ressortinterne Versetzungen, Abordnungen und Personalaustausche, wenn diese keine budgetrelevanten Auswirkungen haben.

Zur Klärung, ob und unter welchen Voraussetzungen Stellenausschreibungen, Einstellungen sowie Weiterbeschäftigungen etc. möglich sind, ist das Dezernat 2 zu kontaktieren.

5. Verantwortlichkeit / Dokumentation

Die Bewirtschaftung der Mittel und Verantwortung obliegt den mittelbewirtschafteten Stellen. Die Verantwortung schließt ebenfalls die Anwendung der Rechtsgrundlagen der vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung insbesondere die analoge Anwendung des Art. 132a LV mit ein. Die Entscheidungen zur Auslegung dieser Rechtsgrundlagen müssen gegenüber etwaigen Beanstandungen des Rechnungshofes durch die verantwortlichen und mittelbewirtschaftenden Stellen vertreten werden.

Die Entscheidung der Zulässigkeit einer Ausgabe im Einzelfall ist im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung (ggfs. in Rücksprache mit den Leitungen der Dezernate 3 und 7) zu treffen und vor der Leistung der Ausgaben aktenkundig zu machen.

Ich bitte nachdrücklich um Beachtung und Einhaltung der vorstehenden Regelungen.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen das Dezernat 3 jederzeit zur Verfügung.

Gruß  
Frauke Meyer

\*\*\*\*\*  
\*\*\*\*\*

Management measures during the budget-free period

Dear all,

As things stand at present, the budget for the financial years 2024/2025 is not expected to be approved by Bremen's parliament until mid-2024. For this reason, the Senate of the Free Hanseatic City of Bremen decided at its meeting on December 8, 2023, on the implementation of administrative regulations for the provisional budget and economic management of the Free Hanseatic City of Bremen (state and municipality) in 2024. This decision was made on the basis of the authorization under Art. 132a of the State Constitution of the Free Hanseatic City of Bremen (LV). According to Section 106 of the Bremen Higher Education Act, these regulations also apply directly or accordingly to the universities.

In accordance with Art. 132a of the state constitution, in the current financial year, expenditure may be incurred or obligations entered into which are necessary

- to maintain existing facilities and implement statutory and contractual measures. The regulation covers all facilities, whereby personnel, operating resources, and equipment may only be provided to the extent that is absolutely necessary to maintain the facilities or carry out the tasks.

- to fulfill legally justified obligations of the Free Hanseatic City of Bremen. These must be obligations that were entered into before the start of the 2024 financial year or that have arisen by law.
- to continue building, procurement, and other services, or to continue granting assistance for these purposes, provided that amounts have already been approved in the budget for a previous year.

Expenditure may only be incurred if it relates to the continuation of measures.

Expenditure that is essential for the continuation of important and urgent government tasks is permitted. Expenditure that does not clearly meet the above criteria must always be deferred until the budget resolution has been passed.

The following, for example, is prohibited as part of provisional budget implementation:

- Expenditure for expenses incurred for the first time in 2024 that do not serve to cover commitment authorizations that have been granted.
- Measures / programs that are not necessary to maintain the existing resources but serve to expand them.
- New hires, staff transfers from other employers, increase of part-time working hours, resumption of duties after premature termination of a leave of absence, and the creation of new positions if these measures are not absolutely necessary for the maintenance of service operations, the completion of tasks, or are financed by third-party funds.

Additionally, the following detailed regulations apply:

#### 1. Third-Party Funds

Expenditure for personnel, consumptive, and investment measures that are based exclusively on earmarked income from third parties may only be made up to the amount of the respective income received or bindingly committed income for 2024.

Bremen's complementary funds are generally subject to the expenditure restrictions of Art. 132a LV. In order to avoid economic disadvantages, this does not apply to measures in which

- Bremen's complementary share is exclusively for the use of (already) existing human resources or equipment.
- the share of third-party funds is at least 80% and where the third-party funds will actually be received in the 2024 financial year.

#### 2. Grants (Project Funding / Institutional Funding)

No new funding may be provided during the period of provisional budgetary and economic management. Annually recurring project funding or institutional funding already approved in the previous year may be continued in the sense of the continued granting of funds. The amount must be within the limit approved in the previous year. Funds may only be made available in the amount that is essential to maintain the institution or to carry out the funding measure.

The official decisions / contracts must regularly include the reservation that the decision / contract can be revoked if budget funds are not fully available according to the approved budget (reservation of revocation in accordance with Section 49 (2) of the Bremen Administrative Procedure Act), with reference to the provisional budgetary and economic management measures.

#### 3. Building maintenance measures

Measures for the ongoing maintenance of the administration's own and rented facilities are not subject to the restriction of Art. 132a LV. Ongoing maintenance includes repairs, fire protection measures, maintenance, and replacement / conservation construction measures that are intended to ensure a functional condition.

This also includes energy-related refurbishment measures that are highly economical. In these cases, it is imperative that the corresponding economic feasibility study and the related (WU) overview are kept on file.

#### 4. Personnel

As a general rule, new hiring of personnel is prohibited in all areas of the Free Hanseatic City of Bremen during the budget-free period.

The hiring freeze does not apply the following:

- a) Apprentices or trainees hired within the framework of the vocational training plan adopted by the senate for takeover-relevant training occupations. Furthermore, the recruitment of apprentices / trainees, interns, trainee teachers, and junior staff within the quotas provided for the 2024/2025 budgets is permitted.
- b) Appointment procedures for which an advertisement has already been initiated.
- c) Positions that are financed exclusively by earmarked third-party funds.
- d) Positions that are absolutely necessary to maintain service operations. The actual employment volume must not exceed the target employment volume according to the last approved business plan. The same applies to positions financed proportionately by third-party funds.

Excluded from the hiring freeze are expression of interest procedures as part of the internal staff balancing, internal transfers, secondments, and staff exchanges if these have no budget-relevant effects.

Administrative Department 2 must be contacted to clarify whether and under what conditions job advertisements, recruitment, and continuation of employment etc. are possible.

#### 5. Responsibility / Documentation

The management and responsibility for the funds lies with the bodies managing the funds. The responsibility also includes the application of the legal foundations of provisional budgetary and economic management, in particular the corresponding application of Art. 132a LV. The decisions on the interpretation of these legal foundations must be defended against any objections raised by the "Bundesrechnungshof" (German audit institution) by the responsible and resource-managing bodies. The decision on the admissibility of an expenditure in individual cases must be made within the framework of the decentralized responsibility for resources (if necessary in consultation with the heads of Administrative Departments 3 and 7) and recorded on file before the expenditure is made.

I urge you to observe and comply with the above regulations.

If you have any questions, please feel free to contact Administrative Department 3 at any time.

Best regards,  
Frauke Meyer